



Der Aktionismus um die Sozialhilfe

Kostenexplosion alarmiert Politiker: Die Rechte tritt aufs Gas, die Linke auf die Bremse

Von Daniel Ballmer, Bern

Die Kosten explodieren. Seit die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) Anfang 2013 die kommunalen Vormundschaftsämter abgelöst haben, sind sie um ein Vielfaches gestiegen. Besonders kleinere Schweizer Gemeinden drohen unter der Finanzlast zusammenzubrechen. Steuererhöhungen drohen. Die Volksseele kocht.

Die SVP will deshalb die Sozialhilfe gleich komplett umkrepeln. In einem Vorstoss fordert die Partei wieder mehr Mitspracherecht für die Gemeinden – oder gleich die Abschaffung der Kesb. «Wir waren von Anfang an skeptisch», hatte der Zürcher Nationalrat Alfred Heer in der BaZ erklärt. «Nun bestätigen sich unsere Befürchtungen.» Die Reform habe klar in die falsche Richtung geführt. Heute ordne die Behörde unkontrolliert Massnahmen an und die Gemeinden müssten dafür bezahlen. Das müsse umgehend korrigiert werden.

Die Forderungen gehen den meisten anderen Parteien zu weit. Doch auch sie wollen nicht tatenlos zusehen. Immerhin garantiert das Thema Schlagzeilen. Und so ist in der abgelaufenen Herbstsession gegen ein Dutzend Vorstösse dazu eingereicht worden.

SP stürzt sich auf die Sozialhilfe

Allen voran die SP stürzt sich auf das Thema, wobei sich die Partei schützend vor die in die Kritik geratenen Sozialhilfebezüger stellt. «Wir müssen die Armut und nicht die Armen

bekämpfen», findet die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker. Statt Polemik zu betreiben, gelte es Transparenz zu schaffen. Zwar seien die Kosten tatsächlich gestiegen. Die Gründe aber seien noch völlig unklar. Und es sei «schäbig und unwürdig», Menschen anzugreifen und zu stigmatisieren, die ohnehin in einer prekären Lebenssituation seien.

Gleich eine Handvoll Vorstösse haben alleine die Sozialdemokraten eingereicht. Sie fordern den Bundesrat beispielsweise auf, zusammen mit den Kantonen und Fachorganisationen eine Strategie zu erarbeiten, wie die Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe reduziert werden kann. Selber schlagen sie vor, gerade bei der Berufsberatung, bei der Unterstützung zur Stellensuche und bei anderen Integrationsangeboten grössere Anstrengungen vorzunehmen.

Zuallererst aber müsse Transparenz zur Kostenentwicklung sowie zur Beauftragung privater Firmen geschaffen werden. Die Verunsicherung in der Öffentlichkeit sei gross, ist sich die SP-Fraktion bewusst. Es herrsche die Meinung vor, dass mit der professionelleren Kesb auch die Zahl und die Kosten der verhängten Massnahmen gestiegen sind. Doch da hat die Fraktion ihre Zweifel. Sie will der Sache auf den Grund gehen und fordert vom Bundesrat eine erste Auswertung der Änderungen im Vormundschaftswesen.

Sozialsystem ist gefährdet

Mehr Transparenz fordern auch die Baselbieter FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger und ihre Mitstreiter. Sie verhehlen dabei nicht, dass sie das neue System deutlich kritischer betrachten: «Professionalisierung des Sozialstaats um jeden Preis?», lautet der Titel ihres Vorstosses. Von «horrenden Tarifen» ist die Rede und davon, dass «die Kosten ausser Kontrolle geraten». Und weiter: «Während Unternehmen, die sich um die Bedürftigen der Gesellschaft kümmern, hohe Profite erzielen, leiden die Gemeinden unter den stark gestiegenen Sozialausgaben», heisst es in dem von Vertretern von SVP, FDP, CVP und BDP unterzeichneten Postulat. Dies gefährde das Sozialsystem in der Schweiz.

Der Bundesrat signalisiert durchaus Entgegenkommen. Der Mehraufwand sei vorhersehbar gewesen, schreibt er in seiner Antwort auf einen Vorstoss von Albert Vitali. Der Luzerner FDP-Nationalrat hatte schon im Frühling auf das Problem aufmerksam gemacht. Es sei davon auszugehen, dass ein wesentlicher Teil des Mehraufwands nach einer Übergangszeit wieder entfallen werde. «Dies bedeutet allerdings nicht, dass die bestehenden Verfahren nicht optimiert und effizienter ausgestaltet werden könnten», so der Bundesrat. Gleichzeitig warnt er vor Schnellschüssen. Erst sei die Übergangszeit von gut drei Jahren abzuwarten.